

---



---

### **Die österreichische Stunde Null nach dem Ersten Weltkrieg**

Rezension von: Alfred Pfoser,  
 Andreas Weigl, *Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918-1922*, Residenz Verlag, Salzburg – Wien 2017, 360 Seiten, gebunden, € 28; ISBN 978-3-701-73422-1.

---



---

Das Jahr 1918 ist als Zäsur in seiner Bedeutung für Europa kaum zu überschätzen. „Wie ein Gebirge unterteilt die ‚Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts‘<sup>1</sup> die Historie in ein davor und ein danach und markiert sowohl das Ende als auch den Beginn einer neuen politischen Ordnung. Zahlreiche Bücher, die in den letzten Jahren erschienen sind, beschäftigen sich damit, und nicht wenige davon haben auch das Ende der Habsburgermonarchie im Fokus.<sup>2</sup> Das vorliegende Buch spricht den Ersten Weltkrieg und seine transformierende Wirkung ebenso an, allerdings eher als Prolog für die Genese der Ersten Republik Österreich, denn auf dieser liegt der Fokus ihrer Arbeit.

Mit dem Titel ihres Buches „Die erste Stunde Null“ rekurren die Autoren auf eine Metapher, die bislang fast ausschließlich zur Charakterisierung des Beginns der Zweiten Republik Österreich herangezogen wurde. Auf den Beginn der Ersten Republik ist dieses Bild bisher kaum angewandt worden. Die Ursache dafür mag wohl darin liegen, dass 1945 als Jahr des Neubeginns und des stetigen, vor allem internen Faktoren zugeschriebenen Wiederaufstiegs rezipiert wurde,<sup>3</sup> wohingegen sich für das Jahr 1918 das Bild vom bitteren Abstieg bzw. Beginn ei-

nes fortwährenden Scheiterns etabliert hat.<sup>4</sup> Ein nicht geringer, vor allem die ehemaligen Eliten der Monarchie umfassender Teil der österreichischen Gesellschaft war eben dem Untergang der „Welt von gestern“ mit großem Bedauern gegenüberstanden, während dies in Bezug auf die NS-Herrschaft weniger der Fall war bzw. weniger offen artikuliert werden konnte.

Worum es den Autoren mit ihrem Buch grundsätzlich geht, ist, diese negative Perspektive auf den republikanischen Neuanfang von 1918 zu hinterfragen und aufzuzeigen, welche eminent wichtige, persistente und – auch gerade nach 1945 sichtbar geworden – tragfähige Fundamente in dieser Anfangsphase der Republik gelegt worden sind.

Zweifellos waren diese ersten Jahre von 1918 bis 1922 auch von Bitternis und Scheitern geprägt. Nichts liegt den beiden arrivierten Historikern ferner, als das zu verschweigen. Es kommt im ersten mit „Niederlagen“ übertitelten Teil des Buches auch detailliert zur Darstellung. Mehrere fundiert verfasste Unterkapitel sind darin dem Faktor Hunger gewidmet. Pfoser und Weigl schreiben über die Tatsache, dass man sich angesichts der katastrophalen Ernährungslage in Wien in neutralen Ländern wie der Schweiz, den Niederlanden und Schweden aus Mitgefühl zu Hilfssammlungen veranlasst sah; dass diese Länder und darüber hinaus auch das selbst durch die Kriegsniederlage gebeutelte Deutschland in diesen wenigen Jahren über 300.000 Kinder temporär zu sich geholt haben, um sie vor dem in Österreich drohenden Verhungern zu retten; dass Lebensmittel rationiert und auf dem Land teils gewaltsam von den Soldatenräten requiriert werden mussten; dass es landes-

weit Schleichhandel und Hungerkrawalle, gab; dass die Tuberkulose als Massenkrankheit grassierte; dass der Mittelstand verarmte und die bald einsetzende Inflation die noch bestehenden Besitzstände vernichtete.

Gerade vor diesem Hintergrund erscheinen aber die in diesen Jahren erbrachten Leistungen und Erfolge als umso beachtlicher; etwas, was in der (populär-)historischen und politischen Rezeption oftmals übersehen wurde und wird. Allein, dass die Transformation von der monarchischen Staatsform zur republikanischen, also die Revolution von 1918, innerhalb weniger Wochen und weitgehend ohne Blutvergießen vonstatten ging, war keine Selbstverständlichkeit. Die Autoren geben der Darstellung dieser Leistungen in einem zweiten Teil des Buches mit dem Titel „Aufbrüche“ breiten Raum.

Von den Hilfslieferungen der Siegermächte völlig abhängig, musste die deutschösterreichische Regierung deren in St. Germain vorgetragenen Friedensbedingungen akzeptieren und am 10. September 1919 unterzeichnen. Dem von der österreichischen Friedensdelegation artikulierte Wunsch eines Anschlusses an das Deutsche Reich wurde nicht nachgekommen, auch der proklamierte Staatsname „Deutschösterreich“ musste in „Österreich“ geändert werden. Unausgesprochen wurde nun von den politischen Eliten dieses Staates eine Politik verfolgt, die den Anschluss auf evolutionärem Weg möglich machen sollte.

Eine Herausforderung, die es neben der Wahrung bzw. Realisierung der beanspruchten territorialen Grenzen der Republik zu meistern galt und der sich Pfoser und Weigl eingehend widmen, war die Sicherung der Integrität dieses jungen Staates nach innen.

Der immer wieder aufkeimende Gegensatz zwischen Gesamtstaat und Ländern bildete auch bei der Erstellung einer Verfassung lange Zeit ein Hindernis. Staatskanzler Renner hatte dafür den Rechtsexperten Hans Kelsen engagiert, der seine rechtspositivistische „Reine Rechtslehre“ vertrat und noch der letzten Regierung der Monarchie beratend zur Seite gestanden war. Das Zustandekommen dieser Verfassung gestaltete sich keineswegs einfach, galt es doch einen Kompromiss zwischen den zentralistischen Forderungen des Bundes und jenen föderalistischen der Länder zu finden. Die neue, schließlich am 1. Oktober 1920 beschlossene Verfassung war ein solcher und versuchte, beiden Forderungen in einem Mindestmaß gerecht zu werden.

Die erfolgreiche Abhaltung der ersten freien, allgemeinen und geheimen Wahlen am 16. Februar 1919 war ein weiterer beachtlicher Schritt, der schon sehr kurz nach Ausrufung der Republik gesetzt wurde. Mit der Fortschrittlichkeit der ihnen zugrunde liegenden Wahlgesetze, insbesondere dem Wahlrecht für Frauen, ließ man selbst Länder mit großer demokratischer Tradition wie Großbritannien und die USA hinter sich. Im Gegensatz zur Monarchie war nunmehr anstatt eines Mehrheitswahlrechtes ein Verhältniswahlrecht in Geltung. Damit kamen auch die Stimmen der unterlegenen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen zum Tragen.

Die aus diesen Wahlen von 1919 als Sieger hervorgegangenen Sozialdemokraten hatten mit den Christlichsozialen eine Große Koalition geschmiedet, die zur Durchsetzung einer im Nachkriegseuropa einzigartigen Sozialgesetzgebung führte. Die Reformperiode bis zum Auseinanderfallen die-

ser Koalition im Herbst 1920 bildete mit 83 verabschiedeten Sozialgesetzen und -verordnungen die Basis des modernen österreichischen Sozialstaates.

Die Konzeption dieser Gesetze erfolgte überwiegend im Ministerium für soziale Fürsorge, dessen Leitung der aus der Gewerkschaftsbewegung kommende Ferdinand Hanusch innehatte. Das Betriebsrätegesetz, das Invalidenentschädigungsgesetz, die Einführung eines bezahlten Urlaubes, die Arbeitslosenversicherung, der Achtstundentag und die Krankenversicherungspflicht (erst 1921) sind nur einige Beispiele dafür. Auch die Arbeiterkammern als Pendant zu den Handelskammern wurden damals ins Leben gerufen.

Teile der Christlichsozialen, so Pfoser und Weigl, waren damals noch durch ein stark antikapitalistisches Weltbild geprägt und trugen nicht nur die Sozialpolitik, sondern anfänglich sogar die Idee einer Bodenreform mit. Letztere scheiterte aber letztendlich am Widerstand der Bauern, denn die Nutznießer dieser Sozialisierung hätten vor allem unterbäuerliche Schichten sein sollen. Der Historiker Ernst Hanisch meint, dass aus der Sicht des Bauernbundes „die Verhinderung der Bolschewiken durch die Koalition mit dem besonnenen Teil der Sozialdemokratie der Kitt der politischen Vernunfttehe zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen während der Koalition der Jahre 1918-1920 gewesen“ sei.<sup>5</sup>

Weigl und Pfoser zitieren in ihrer Einleitung auch Karl Renner, der die beiden Koalitionspartner mit Touristen vergleicht, die im sonstigen Leben Gegner, von einem Schneesturm überrascht, gezwungen sind, sich gemeinsam einzugraben und die beide sich

Leib an Leib wärmend der Wiederkehr der Sonne harren.

Durch das Ende der Räteregierung in Ungarn fühlten sich nun die Christlichsozialen gestärkt, auch der koalitions-kritische Wiener Flügel und das Unternehmertum innerhalb dieser Partei konnten sich stärker behaupten. Nach Bruch der Koalition und unter der neuen von Christlichsozialen und Deutschnationalen gebildeten Koalition wurde auch die politische Auseinandersetzung rauer. Kampfplätze waren die Schulgesetzgebung, insbesondere der konfessionelle Religionsunterricht, sowie die Ehegesetzgebung. In der Verwirklichung der jeweiligen gesellschafts-, sozial- aber auch wirtschaftspolitischen Vorstellungen stand man einander nun wechselseitig im Weg.

Die Herauslösung Wiens aus Niederösterreich zur Schaffung zweier politisch relativ homogener Bundesländer war eine Folge davon. Dieser historischen Entwicklung und dem „Problem Wien“ insgesamt ist im Buch von Pfoser und Weigl ein eigenes Großkapitel gewidmet. Der politische Wille zur Trennung sei stärker bei den niederösterreichischen Agrariern gelegen, denn die Sozialdemokraten hatten, eine, wenn auch knappe Mehrheit in Niederösterreich zu verzeichnen gehabt. Für die Sozialdemokratie, die aus der Bundesregierung ausgeschieden war, eröffnete sich nun auf dem Wiener Terrain die Möglichkeit, ihre Vorstellungen umzusetzen. Die Steuer- bzw. Abgabenkompetenz der Länder machte die späteren Errungenschaften des „Roten Wien“ möglich.

Im dritten Teil des Buches, den die Autoren mit „Kulturkämpfe“ übertiteln, kommen sehr ausführlich die in den einzelnen politischen Lagern ideologisch divergenten Sichtweisen zur

Staatsform Republik, zum „Habsburg-Komplex“, zum „Österreich-Mythos“ und „politischen Katholizismus“ zur Sprache. Die beiden Autoren legen dabei sehr viel politische Empathie, insbesondere für die Haltungen der Sozialdemokratie, an den Tag. Großer Raum wird in mehreren Unterkapiteln dem unheilvollen Phänomen des Antisemitismus in all seinen damals vorherrschenden Schattierungen gegeben. Etwas mehr kritische Aufmerksamkeit hätte sich möglicherweise auch der grassierende Nationalismus verdient.

Das Buch entwickelt gerade in dem nahezu enzyklopädischen Abtasten vielfältiger Aspekte von Politik, Wirtschaft, Sozialem und Kultur seine besondere Stärke. Dem Leser eröffnet sich dadurch ein beeindruckend breiter, panoramaartiger Blick auf diese Zeit. Dabei ergänzen einander die Kompetenzen der beiden Autoren, der eine ein Spezialist für Literatur-, Kultur- und Politikgeschichte, der andere ein Demograf, Statistiker sowie Wirtschafts- und Sozialhistoriker, in kongenialer Weise.

Der sehr komfortabel benutzbare Anmerkungsapparat zeigt auch, dass in diesem Buch nicht nur zahlreiche Quellen, insbesondere zeitgenössische Zeitungen und Belletristik, sondern auch die jüngere Fachliteratur Berücksichtigung gefunden haben. Wurde doch zu diesem Thema in den letzten Jahrzehnten Etliches an Beiträgen erarbeitet, aber bislang kaum in diesem monografischen Umfang und in

dieser Dichte zusammengeführt. Der Ansatz der beiden Autoren, die Geschichte der Jahre 1919 bis 1922 einmal in eine andere Richtung hin zu „bürsten“ und das Positive hervorzuheben, kann als gelungen betrachtet werden. Das Buch leistet gerade auch deshalb einen bemerkenswerten Beitrag zum aktuellen Gedenkjahr 2018 und ist in seiner vorzüglichen Lesbarkeit einem breiteren Publikum sehr zu empfehlen.

Stefan Spevak

### Anmerkungen

- 1 Klaus-Jürgen Bremm, Propaganda im Ersten Weltkrieg (Darmstadt 2013) 165. Zum Jahr 1918 vgl. ebenso: Helmut Konrad, Die „Bruchlinie 1918“ – eine Einleitung, in: Stefan Karner, Gerhard Botz, Helmut Konrad (Hrsg.), Epochenbrüche im 20. Jahrhundert. Beiträge (Wien – Köln – Weimar 2017) 17-19.
- 2 Hannes Leidinger, Der Untergang der Habsburgermonarchie (Innsbruck 2017); Edgard Haider, Wien 1918. Agonie der Kaiserstadt (Wien – Köln – Weimar 2018).
- 3 Oliver Ratkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015) 106-112.
- 4 Anton Pelinka, Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938 (Wien – Köln – Weimar 2017) 9.
- 5 Ernst Hanisch, Die Politik und die Landwirtschaft, in: Franz Ledermüller (Hrsg.), Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft (Wien 2002) 15-189, hier 94.